

Andrej Hunko, MdB

**Wahlkreisbüro Aachen**  
Südstr. 53/55, 52064 Aachen  
Tel.: +49 (0)241 99 06 82 50  
Fax: +49 (0)241 99 06 82 51  
andrej.hunko@bundestag.de

**Fraktion DIE LINKE.**  
Verwaltungsgebäude Katschhof  
52058 Aachen

**Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag**  
Raum E 188 | Zollernstraße 16 | 52070 Aachen  
Fon: +49241 5198 3305  
Fax: +49241 5198 80011

An die Redaktionen

Aachen, 26. Juli 2017

## **DIE LINKE: Afghanistan ist kein Lebensraum sondern Terrorgebiet**

DIE LINKE unterstützt den Appell der Aachener Bürgerstiftung Lebensraum, die einen Stopp von Abschiebungen nach Afghanistan fordert.

„Wir begrüßen die Aachener Initiative und fühlen uns in unserer Position bestärkt, dass Abschiebungen nach Afghanistan unmenschlich sind“, erklärt der Aachener Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko. „In den vergangenen Monaten haben Krieg und Terror in diesem Land noch zu- statt abgenommen. Es gibt keine sicheren Regionen, auch wenn Innenminister de Maizière dies immer wieder behauptet.“

Auch die LINKEN Fraktionen in der Städteregion setzen sich für ein Bleiberecht der Menschen aus Afghanistan ein. „Wir können nicht hinnehmen, dass Geflüchtete, die es unter schwersten Bedingungen endlich in ein sicheres Land geschafft haben, wieder in den Terror abgeschoben werden. Die Entscheidung wurde von der Bundesregierung getroffen, dennoch fühlen wir uns in Aachen mitverantwortlich für die Menschen, die hier Zuflucht gefunden haben“, sagt Leo Deumens Fraktionsvorsitzender im Stadtrat.

Im Zuge der Amtshilfe muss das Ausländeramt der Städteregion Anweisungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BaMF) befolgen und schlimmstenfalls auch Abschiebungen in den Terror nach Afghanistan in die Wege leiten.

„Das ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde eine große psychische Belastung“, weiß Städteregionstagmitglied Harald Siepmann, „ebenso wie für die zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, auf die unsere Region zu Recht stolz sein darf und deren Engagement wesentlich zur Bewältigung der enormen Herausforderungen seit gut 2 Jahren beigetragen hat.“ Gemeinsam setzen sich die Linken dafür ein, dass sich auf kommunalpolitischer Ebene endlich Widerstand gegen Abschiebungen nach Afghanistan formiert. Erste Gespräche mit anderen Fraktionen wurden geführt.

„Der Appell der Bürgerstiftung muss nun für alle Aachener Politikerinnen und Politiker Anlass sein, auf Landes- und Bundesebene Druck zu machen, damit es zu einer realistischen Bewertung der Lage in diesem von Krieg und Terror gebeuteltem Land kommt und die zu uns Geflüchteten ohne Angst vor der drohenden Abschiebung endlich zur Ruhe kommen können“, fordert Hunko. „Afghanistan braucht eine Entwicklungsperspektive, damit die Ursachen der Flucht beendet werden.“